



### Schlagkraft erhöhen

## Rechtshilfefonds stärken

(BV) – Seit rund 15 Jahren unterhält der BUND einen Rechtshilfefonds, mit dessen Hilfe viele wichtige Auseinandersetzungen vor Gericht ausgefochten werden können. Die Mittel des Rechtshilfefonds stammen aus Zuschüssen des Bundesverbands, vor allem aber von BUND-Mitgliedern, die über ihre Mitgliedsbeiträge hinaus regelmäßige Spenden dafür bereitstellen. Diese Spendengelder werden gezielt für Rechtsverfahren zum Schutz von Natur und Umwelt eingesetzt.

So konnten alleine in den letzten acht Jahren zahlreiche Prozesse mit insgesamt über 45 000 Euro unterstützt werden. Mithilfe des Rechtshilfefonds kann der BUND zum Beispiel den juristischen Kampf gegen geplante Kohlekraftwerke oder Tagebaue kofinanzieren oder gegen Naturzerstörung durch unsinnige Verkehrsprojekte vorgehen. Aktuelles Beispiel: Im Januar rettete ein Vergleich wertvolle Uferstreifen am vom Ausbau bedrohten Sacrow-Paretzer-Kanal in Berlin/Brandenburg, nachdem der BUND geklagt hatte.

Finanziert werden Anwalts-, Gerichts- oder Gutachterkosten für Klagen, die von Landesverbänden und dem Bundesverband geführt werden und von bundesweiter Bedeutung sind. Beantragen können diese Mittel ausschließlich Landesverbände und der Bundesverband.

Wir beobachten, dass zur Durchsetzung des Schutzes von Natur und Umwelt immer häufiger Rechtsverfahren nötig sind, da immer mehr politische Entscheidungen an Gerichte verwiesen werden. Um unsere Schlagkraft auch bei juristischen Streitigkeiten zu erhöhen, haben wir uns 2010 für das Jahr des 35. Geburtstages des BUND zum Ziel gesetzt, weitere UnterstützerInnen für den Rechtshilfefonds zu gewinnen, die bereit sind, diese Arbeit mit regelmäßigen Spenden zu unterstützen.

Mehr dazu: [www.bund.net/rechtshilfe](http://www.bund.net/rechtshilfe); Ansprechpartnerin: Tamara Doerfel, ☎ (030) 2 75 86-427, [tamara.doerfel@bund.net](mailto:tamara.doerfel@bund.net)

## Guter Einblick, wie Medien ticken

(BV) – Im Dezember endete die 10. Amtsperiode des WDR-Rundfunkrats, dem ich als Vertreter der Naturschutzverbände seit 2003 angehören durfte. Das jetzt 47 Mitglieder starke Gremium garantiert die Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt im Programm und trägt gleichzeitig die Verantwortung dafür, dass der öffentlich-rechtliche WDR seinen gesetzlichen Auftrag wahrnimmt.

Es waren recht stürmische Zeiten, geprägt von Angriffen der Privatsender und Printmedien gegen das öffentlich-rechtliche System. Besonders online gibt es seit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag erhebliche Beschränkungen für die Öffentlich-rechtlichen. Doch gerade Jüngere nutzen immer weniger Radio und TV (und wenn, dann private Sender). Sie informieren sich im Internet und kommunizieren per Handy oder in Chatrooms. Ausgerechnet dort sind sie nun unkontrolliert Werbung und einem »Verblödungsangebot« ausgesetzt ...

Meine Hauptanliegen bei der Arbeit im Rundfunkrat – die rund fünf volle Arbeitstage/Monat sowie mehrere Wochenstunden abendlicher Materialaufarbeitung in Anspruch nahm – war, das Thema Umwelt und Natur sichtbar zu machen und die Arbeit des WDR am Gemeinwohl zu orientieren. Dazu gehörte, dass im fiktionalen Bereich die Themen des BUND vorkommen, z.B. in der Lindenstraße, im Tatort oder in der Unterhaltung. Und dass auch in den Nachrichten und Magazinen wie »Monitor« der Umwelt- und Naturschutz behandelt wird. Vor allem Dokumentationen haben diesbezüglich eine herausragende Bedeutung bekommen.

Ein von mir federführend bearbeiteter Workshop des Programmausschusses ermittelte, dass es »Köpfe« in den Sendern geben muss, die das Thema Umwelt verkörpern. Ein Wissenschaftler allein (Rangar Yogeshwar) reicht dafür nicht aus. Zudem muss eine Umweltredaktion (wie eine Wirtschaftsredaktion) das Thema als Querschnittsthema in allen Sparten »füttern« können.

Zusammenfassend kann ich sagen: Wir sind mit unseren Themen angekommen. Kaum eine Sendung zur Primetime blendet die Themen Klima, Energie, Atom, Kohle oder Naturschutz aus. Nun sollte sich der BUND auch von außen mehr einmischen. Zunächst sollten die Landesverbände enger mit den Rundfunkräten des BUND kooperieren. Diese treffen sich z.B. auf Bundesebene immer im Anschluss an die Gesamtratssitzung im Frühjahr zum Informationsaustausch und für strategische Überlegungen. Auch die Vertreter/innen in den Medienkommissionen sollten sich stärker mit den LV vernetzen.

Dann sollte auch mit Lob oder sachlicher Kritik gegenüber den Sendern nicht gespart werden. Ein gelungenes Beispiel war der Vorschlag des BUND BW, der Dokumentarfilmerin Marie-Monique Robin für ihren Film über Monsanto den Umweltmedienpreis zu verleihen.

*Klaus Brunsmeier,  
stellvertretender Vorsitzender des BUND*